

Kassel, 23. Mai 2013

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Gewerbliche Sammlung von Abfällen; Führung eines Rechtsstreits

Vorlage des Magistrats
- 101.17.877 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Kieselbach

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Erhebung von Klagen der Stadt Kassel gegen Bescheide des Regierungspräsidiums Kassel zur gewerblichen Sammlung von Abfällen wird gemäß § 51 Nr. 18 HGO zugestimmt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: CDU, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gewerbliche Sammlung von Abfällen;
Führung eines Rechtsstreits, 101.17.877, wird **zugestimmt**.

Frank Oberbrunner
1. stellvertretender Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin